



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

2. Jg. Nr. 8

November 1974

50 Pfennig

Die Mörder von Holger Meins sind eure Feinde!

Samstag, den 9. November: Der politische Gefangene Holger Meins wird auf einer Bahre in den Besuchsraum des Gefängnisses Wittlich/Eifel getragen. Er liegt im Sterben. Bei einer Größe von 1,83 m wiegt er nach 8 Wochen Hungerstreik gegen die Isolierhaft noch 39 kg. Der anwesende Rechtsanwalt Haag aus Heidelberg versucht alles, um ärztliche Betreuung zu erreichen. Umsonst, die Anstaltsleitung weigert sich. Um 18 Uhr erreicht Rechtsanwalt Croissant aus Stuttgart nach stundenlangen Bemühungen endlich den verantwortlichen Untersuchungsrichter am Bundesgerichtshof, Prinzling. Der sieht keine Notwendigkeit, durch gerichtlichen Beschluß eine ärztliche Untersuchung anzuordnen. "Keine Panik" sagt er. Eine Stunde vorher, um 17 Uhr, ist Holger Meins im Gefängnis gestorben!

Die Gefängnisleitung und der Gefängnisarzt, Dr. Freitag, haben kaltblütig zugesehen wie Holger Meins starb. Das ist Mord! Jeder der faschistischen Massenmörder - sofern sie überhaupt im Gefängnis sitzen - genießt beste ärztliche Versorgung. Ganz anders ist es bei den politischen Gefangenen der SPD-Regierung: Isolierhaft, Folter und Vernichtung gehören zum Kalkül der Verantwortlichen für die Menschenjagd auf die Mitglieder und Sympathisanten der RAF. All dies dient nur einem Ziel: Wenn die Volksmassen im Kampf gegen Ausbeutung Arbeitslosigkeit, Elend und Unterdrückung mit dem imperialistischen System abrechnen, wenn Tausende von Kommunisten ins Gefängnis geworfen werden, müssen die Methoden erprobt und ausgefeilt sein!

Hungerstreik gegen VERNICHTUNGSHAFT

Seit dem 13. September stand Holger Meins mit 40 anderen politischen Gefangenen im Hungerstreik. Von anderen Gefangenen getrennt, von Kontakten mit der Außenwelt abgeschnitten, eingesperrt in Isolierzellen, die teilweise nicht das leiseste Geräusch durchlassen, kämpfen diese Gefangenen der Bourgeoisie gegen ihre seelische und körperliche Vernichtung. Der Hungerstreik ist kein Selbstmord, wie es jetzt Justizminister und Gefängnisärzte eilig predigen, sondern ein Kampfmittel gegen stillen, blutlosen Mord auf Raten!

Die Solidaritätsbewegung mit dem Hungerstreik wendet sich gegen

die Verbrechen der Bourgeoisie, die bei der Bekämpfung von politischen Gegnern vor nichts zurückscheitert. Bei der Verfolgung der RAF übten Polizei und Bundesgrenzschutz den Bürgerkrieg. Maschinenpistolen wurden an jeden Polizisten verteilt. Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weisbecker wurden die Opfer dieser Jagd. Auch Unbeteiligte sind vor Kugeln der Polizei seither nicht mehr sicher: G. Jendrian, ein Münchener Taxifahrer, wurde in seinem Zimmer von Schußgarben eines Mobilen Einsatzkommandos zerfetzt. Der Schotte Ian McLeod wurde in Stuttgart "versehentlich" erschossen. Arbeiter! Werkätige! Was bedeutet es, wenn im gleichen Atemzug mit diesen Morden der Bundesgrenzschutz in Hamburg - eben-

(Forts. S. 3)

10000 auf der Straße



Nach dem Tod von Holger Meins demonstrierten in vielen Städten insgesamt mehr als 10000 Menschen gegen Vernichtungshaft und Klassenjustiz, für die Aufhebung aller Isolationsmaßnahmen, für die freie Arztwahl der Gefangenen. Sie forderten: Bestrafung der Mörder von Holger Meins! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Westberlin (Samstag 1200, Montag 5000), Hamburg, München, Bochum, Stuttgart, Frankfurt, Dortmund, Köln waren die Brennpunkte des Protests.

1 Million Arbeitslose in der BRD und Westberlin. Das ist der höchste Stand seit 1955. 309600 Kurzarbeiter kommen hinzu. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit unter den Metallern, allein 106500 von ihnen sind arbeitslos. Ähnlich hoch unter den Werkätigen in Büro und Verwaltung - hier überwiegend Frauen - sowie unter den ausländi-

KLASSENFRONT GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

schen Arbeitern.

Die Arbeitsämter sind überfüllt. Tausende warten auf die Arbeitslosenunterstützung. Auf den Arbeitsämtern fehlt Personal - auch hier sparen die Kapitalisten. Aber nicht nur das ist der Grund, warum die Arbeitslosen zum Teil bis zu drei Monaten ohne einen Pfennig zuhause sitzen, nicht wissen, wie sie ihre Miete, Strom und andere Verpflichtungen zahlen sollen, ihre Familie ernähren sollen. Wo ist das Geld? Die Arbeitslosengelder sind vom Staat wieder in die Hände der Kapitalisten gegeben worden, damit diese große Investitionen tätigen können, um noch mehr Profit zu machen. Dafür hat der Arbeiter sein Leben lang gezahlt, damit die Geldbeutel der Kapitalisten noch dicker werden!

Schmidt, Schleyer, Sohl und die Gewerkschaftsführer fordern sie gegenseitlich zum Lohnverzicht auf. Wenn die Arbeiter zweistellige Lohnforderungen stellen, wird ihnen von diesen Herren mit noch größerer Arbeitslosigkeit gedroht. Wie Engels sagt: In allen Zeiten ist die industrielle Reservearmee ein Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampf mit dem Kapital. Die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes führt zum Abgeben und Verzicht auf den Klassenkampf.

Stillhalten ist nicht unsere Antwort, denn wir wissen, daß die chronische Arbeitslosigkeit, die in Krisen besonders zutage tritt, ein Wesensmerkmal des Kapitalismus ist. Ihre Kehrseite: Rationalisierung, Verlängerung des Arbeitstags (Forts. S. 3)

Schluß mit der Vernichtungshaft!

Ermittlungsverfahren gegen Verteidiger

Den Spieß umgedreht...

Gegen 7 Rechtsanwälte wurden Verfahren wegen Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung (§129) eingeleitet. Justizminister Vogel hat gegen die 4 Verteidiger von Holger Meins Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, weil sie feststellten, daß der Gefängnisarzt und der Untersuchungsrichter die volle Verantwortung für den Tod an Holger Meins tragen.

NRW-Justizminister Posser bläst in dasselbe Horn. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. macht sogleich Vorschläge "wer nicht mehr Verteidiger sein kann".

Die Bourgeoisie versucht mit den aberwitzigsten Konstruktionen, von den wirklich Verantwortlichen für den Mord an Holger Meins abzulenken. So sollen die Verteidiger die Schuld am Tod von Holger Meins tragen, weil sie ihm nicht vom Hungerstreik abgeraten haben. Sollten die Rechtsanwälte den Hungerstreikenden raten, sich mit Isolierhaft, Folter und fehlender ärztlichen Versorgung abzufinden?

Die fortschrittlichen Rechtsanwälte sind der Klassenjustiz gefährlich. Sie tragen dazu bei, daß verfolgte Antimperialisten und Kommunisten, entlassene Arbeiter und rausgeschmissene Mieter die vom Volk erkämpften Rechte ausnutzen. Sie nehmen ihre Verteidigerrechte wahr, um Angeklagte und Gefangene vor der Klassenjustiz zu schützen und Übergriffe der Bourgeoisie aufzudecken.

Wir werden es nicht zulassen, daß hier einfach der Spieß umgedreht wird. Es wird nicht gelingen, von den Mördern Holger Meins abzulenken, die fortschrittlichen Rechtsanwälte mundtot zu machen oder sie gar ganz auszuschalten! Genauso wenig, wie wir es tatenlos hinnehmen, daß die Erschießung von Drenkmann zum Anlaß genommen werden soll, das Demonstrationsrecht vollständig einzuschränken, Polizei, MEK s und Bundesgrenzschutz gegen Demonstranten einzusetzen und ein im Bundesrat von der CSU eingebrachtes Gesetzeswerk durchzuboxen, wonach in Zukunft auch Passanten, die sich in der Nähe von Demonstrationen mit "verfassungsfeindlichen Zwecken" befinden, wegen Landfriedensbruches angeklagt werden sollen!



Bundeskanzler Schmidt predigt in der Hamburger Jacobi-Kirche über "Kirche und Staat" vor 2.500 Besuchern. Sprechchöre der Genossen der ROTEN HILFE unterbrachen seine frommen Reden und forderten: "Freiheit für alle politischen Gefangenen! Schluß mit der Heuchelei, gebt die politischen Gefangenen frei! Schluß mit Arbeitermorden und Polizeiterror!"

Breiter Protest

128 berliner Gerichtsreferendare und ÖTV-Mitglieder haben eine Resolution gegen die Isolationsfolter unterschrieben, und u. a. als Anzeige in dem "Tagesspiegel" veröffentlicht. Sie fordern: ABSCHAFFUNG DER ISOLATION! Medizinische Versorgung durch Ärzte freier Wahl und Gleiche und menschenwürdige Behandlung aller Gefangenen! Antwort der ÖTV: Sie leitete Ausschlußverfahren gegen die Referendare ein!

Ähnliche Forderungen hat das PEN - Zentrum in der Bundesrepublik aufgestellt (F. R. 8. 11. 74).

3 Westberliner Bühnen, die Schaubühne am Halleschen Ufer, das Forum-Theater und das GRIPS-Theater haben sich mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen solidarisiert und entsprechende Forderungen in Anzeigen, Protestbriefen usw. aufgestellt und verbreitet.

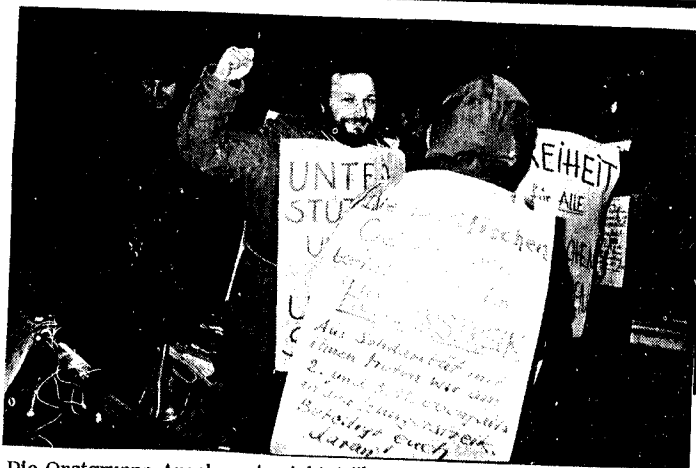
Westberlin, 19. 10. Der Klientenbeirat der JVA Tegel, Haus IV, hat in einem offenen Brief an die Mitglieder der Schaubühne, des Forum-Theaters und des Grips-Theaters die Anzeige dieser Theater gegen die Isolationsfolter begrüßt. Sie weisen darauf hin, daß es in Tegel eine ganze Isolierstation gibt, daß im Keller der "psychiatrisch-neurologischen Abteilung" eine "therapeutische Beobachtungszelle ist mit Kameras und Dauerton. Sie schreiben: "Wir gehen davon aus, daß all das, was den politischen Gefangenen angetan wird, in der "normalen" Haftsituation schon angelegt ist, daß es sich um eine Skala der ungeheuerlichen Beschneidung menschlicher Lebensrechte handelt, deren Nullpunkt die Isolierzelle ist, wo endlich weder Bedürfnisse noch Lebensäußerungen vorkommen - der soziale Mord!"



Solidaritätshungerstreik in Frankfurt



Die Ortsgruppe Dortmund bei der Agitation während ihres 3-tägigen Solidaritätshungerstreikes. Die ROTE HILFE - Aufbaugruppe Aachen sammelte während ihres einwöchigen Solidaritätshungerstreiks über 450 Unterschriften und ca. 200 DM.



Die Ortsgruppe Augsburg berichtet über ihren 2-tägigen Solidaritätshungerstreik: "Unser Ziel war: Kampf um die Aufhebung der Isolationsfolter, Durchbrechen der Totschweigtaktik der bürgerlichen Presse, Einbeziehung von Angestellten und Arbeitern in die Solidaritätsfront. ... Es zeigte sich, daß gerade die Werktätigen am entscheidendsten gegen die Folter Stellung nahmen, weil sie in den Folterknechten ihre eigenen Feinde erkannten. Wir sammelten über 200 Unterschriften. Der Pfarrer berichtete im Gottesdienst über unsere Aktion. Die Presse mußte berichten. Gestützt auf Volksmassen werden wir die Isolationsfolter stoppen!". Genossen der Ortsgruppe gründeten Ende Oktober ein Komitee gegen die Folter an politischen Gefangenen.

Impressum:

Hrsg.: Zentralvorstand der ROTEN HILFE,
46 Dortmund, Burgholzstraße 13,
Tel.: 0231/813763 Mo-Fr 18-19

Verantwortl. i. S. d. Pressegesetzes: R. Pohl,
46 Dortmund, Heroldstr. 50

Arbeitslosigkeit...

(Fortsetzung von Seite 1)

ges, unzumutbare Arbeitsplatzbedingungen. In unserem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werden wir nicht die Arbeitslosigkeit grundsätzlich beseitigen können. Aber wenn die Arbeiterklasse und das ganze Volk sich gegen die Spaltung, Konkurrenz und Zwietracht, die die Bourgeoisie unter der Arbeiterklasse säen will, solidarisch zusammenschließt, dann werden wir dieses Bleigewicht in einen Schlag gegen die Bourgeoisie verwandeln und in der Klassensolidarität das ganze Proletariat und entschiedene Kämpfer an seiner Seite für den Sozialismus gewinnen, wo es keine Arbeitslosigkeit mehr geben wird.

Die ROTE HILFE schließt die Arbeitslosen, ihre Frauen und Kinder mit dem noch arbeitenden Proletariat und den anderen Werktätigen in Erwerbslosenausschüssen zusammen. Wir gehen zu den Arbeitslosen auf das Arbeitsamt, zu ihren Familien und reihen sie in die Kampffront gegen den bürgerlichen Staat ein. Wir gehen vor die Betriebe mit den Arbeitslosen und ihren Frauen, sammeln für sie, organisieren die Klassensolidarität und die proletarische Selbsthilfe. Wir richten öffentliche Beratungsstellen ein und sind den Arbeitslosen im Kampf um das ihnen zustehende Arbeitslosengeld zur Seite. Wir schließen sie so zusammen und verhindern, daß sie den Kapitalisten und ihrer Bürokratie alleine ausgesetzt sind.

Klassensolidarität und das Vertrauen auf die eigene Kraft, die Erfahrung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Erfahrung, daß dieses System unfähig ist, sie zu beseitigen, wird hunderte und tausende von Arbeitern als entschiedene Kämpfer gegen die Bourgeoisie und für den Sozialismus hervorbringen!

Was bedeutet die Arbeitslosigkeit für die Aufgaben der ROTEN HILFE?

FE? Ist es richtig, daß wir uns dieser verschiedenen Aufgaben ermöglichen es, im Kampf gegen den Staatsapparat eine proletarische Massenbasis innerhalb und außerhalb der ROTEN HILFE zu errichten. Worauf es ankommt, ist, den Kampf an den verschiedenen Kampffronten so umfassend zu führen, daß die Kämpfenden, die Sympathisierenden, die Neutralen, die

Der bisherige Kampf der ROTEN HILFE hat sich im wesentlichen auf den Kampf gegen Polizeiterror und die bürgerliche Klassenjustiz sowie auf die Hafthilfe konzentriert. Daneben gibt es nur wenige Beispiele, bei denen wir die Klassensolidarität hergestellt haben. Diese Beispiele - wie der Kampf gegen die Entlassungen bei Ostram, Krone und Homberg - waren große Erfolge, gewannen wir doch klassenbewusste Arbeiter und Werktätige.

Wenn die ROTE HILFE jetzt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit voranschreitet, den die Arbeiterklasse und alle ihre Organisationen aufnehmen müssen, trägt sie nicht nur der Geschichte der Klassenkämpfe Rechnung, sondern auch der Erfahrung der letzten Jahre: Beschränken wir den Kampf zur Herstellung der Klassensolidarität auf die Unterstützung und Hilfe für die Fortgeschrittensten der Arbeiterklasse und des Volkes, wenn sie verfolgt werden, beschränken wir den Kampf auf die Unterstützung der politischen Gefangenen, dann laufen wir Gefahr, der Spaltungstaktik der Bourgeoisie aufzusitzen, der es gegenwärtig noch gelingt, großen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes glaubhaft zu machen, all dies hätte mit ihren Problemen und Fragen nichts zu tun. Dann laufen wir Gefahr, daß sich unser Begriff von Unterdrückung und unser Kampf dagegen von der umfassenden Klassensituation der Arbeiterklasse löst, dann laufen wir Gefahr, eine kleinbürgerliche klassenspezifische Auffassung vom Kampf gegen den Imperialismus zu entwickeln.

Wenn wir jetzt also die solidarische Selbsthilfe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit herstellen, so heißt das nicht, daß wir den bisherigen Kampffronten weniger Bedeutung beimessen. Im Gegenteil: Allein die gleichzeitige Bewältigung

entgegensehen zu können.

In Duisburg wurde der kommunistische Arbeiter Günther Routhier von der Polizei im Gerichtssaal erschlagen, als er gegen die Kündigung eines Arbeitskollegen von Mannesmann protestierte. In Köln, Neuß, Lippstadt und anderswo "bewährte" sich die waffenstarrende Polizei als sie 1973 die Auguststreiks blutig niederschlug.

Folter und Isolierhaft, die Versuche, den Hungerstreik mit brutaler Gewalt zu brechen, das sind Angriffe des Klassenfeindes, denen wir entgegentreten müssen.

Daß die Politik der verfolgten RAF-Genossen sich nicht an den Nöten und den Kämpfen der Volksmassen orientiert, ist kein Grund, zu den Maßnahmen und Verbrechen der

herrschenden Klasse zu schweigen. Die Mitglieder der RAF wollen das imperialistische System stürzen. Aber sie machen eine abenteuerliche Politik, den Weg des Volkes in unserem Land zu seiner Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung haben sie nicht entwickelt. An die Stelle revolutionärer Aktionen des Volkes setzen sie individuelle Aktionen wie zuletzt bei der Erschießung des Berliner Richters von Drenkmann. Uns sagen sie: "Ihr mit Eurem Massenspleen!" Diese Politik zu bekämpfen, die Genossen zu überzeugen, ist aber einzig und allein Sache der Arbeiter und des Volkes und ihrer Organisationen. Dem gemeinsamen Feind, der Bourgeoisie, die die RAF-Genossen als politische Gegner vernichten will, sprechen wir das Urteil über die RAF ab!

Schwankenden und Unentschlossenen alle in diesen Kämpfen weiterkommen und über die Mobilisierung an einer einzelnen Frage die Notwendigkeit der Klassensolidarität erfahren. Dann lernt das Proletariat auf seine eigene Kraft zu vertrauen und rüstet sich im Kampf für den Sozialismus.



Augsburg: Agitation bei der Firma Riedinger, die jeden Monat 49 Arbeiter entläßt, um einen Sozialplan zu umgehen. Von 3000 sollen 1400 Arbeiter übrig bleiben. Gleichzeitig wird die Arbeitshetze der verbleibenden Kollegen verstärkt: An Maschinen, wo noch vor einigen Monaten 8 Kollegen arbeiteten, sind heute 2 beschäftigt. Unsere Ortsgruppe unterstützt entlassene Kollegen.

Dortmund: auf dem Arbeitsamt

Ein Kollege berichtete uns:

Ich war bei einer Dortmunder Firma. Ich wurde dort entlassen, weil es keine Aufträge mehr gab. Ich bin sofort zum Arbeitsamt gegangen und habe den Antrag auf Unterstützung gestellt. Man sagte mir aber gleich, daß ich mehr als 6 Wochen auf Geld warten müßte. Ich habe dann eine andere Stelle angeboten bekommen. Dort bin ich auch hingegangen. Aber ich habe sie abgelehnt, weil es zu wenig Geld war. Ich habe vorher über 10,- die Stunde verdient, ich bin Facharbeiter und kann doch jetzt nicht einfach nur 9,- verdienen. Ich habe 2 Kinder, da braucht man doch das Geld. Bin also wieder zum Arbeitsamt gegangen und die sagen mir doch heute, daß ich 4 Wochen lang keine Arbeitslosenunterstützung bekomme, da ich ja die angebotene Arbeit abgelehnt hätte. Erstens wußte ich davon nichts und zweitens sehe ich garnicht ein, daß ich weniger als vorher verdienen soll. Jetzt stehe ich da und für die 4 Wochen, wo ich keine Unterstützung bekomme, wird auch die Krankenkasse nicht bezahlt. Mein Sohn muß aber jede Woche Spritzen bekommen, da fragt auch keiner danach, wo von ich die denn jetzt bezahlen soll. Hier muß man doch einfach den Kampf dagegen aufnehmen!

Die Genossen hungern weiter. Sie sind noch isoliert und die minimalsten Rechte werden ihnen vorenthalten. Gerade jetzt, wo Justizminister und bürgerliche Parteien frech von Haftverbesserungen und ärztlicher Betreuung reden und damit von ihren Verbrechen ablenken wollen, kommt es darauf an, das Ziel im Auge zu behalten: Die Vernichtungshaft muß vollständig abgebrochen werden! Jede Form von Isolierung muß aufgehoben werden! Die freie Arztwahl muß durchgesetzt werden. Sofortige Beendigung der Haft! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Die Verantwortlichen für Tod und Unterdrückung in den Gefängnissen ans Tageslicht! Das Volk wird sie zur Rechenschaft ziehen. Bestrafung der Mörder von Holger Meins!

Forts. Holger Meins...

falls mit Maschinenpistolen Fabrikbesetzungen in stillgelegten Firmen probt? Was hat es zu bedeuten, daß heute bei alltäglichen Polizeikontrollen gerade im Ruhrgebiet bewaffnete Polizei immer brutaler auftritt? Was heißt es, wenn die Klassenjustiz ant imperialistische und kommunistische Kämpfer ins Gefängnis wirft, wenn Streikführer vor Gericht gestellt werden? Es bedeutet, daß in der langen Reihe der vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen die Jagd auf die RAF ein besonderer Bestandteil bei der ungeheuerlichen, hunderte von Millionen verschlingenden Aufrüstung des Unterdrückungsapparates war. Die herrschende Klasse tut heute alles, um "in Ruhe" Massenkämpfe gegen Arbeitslosigkeit und Lohnraub, gegen Mietwucher und Preistreiberel

Hanns Marzini freikämpfen!

Am 12. Oktober fand in München der Parteitag der NPD statt. SPD-Stadtverwaltung und CSU-Landesregierung hatten ihn genehmigt! 400 Menschen folgten einem Aufruf der KPD, der ROTEN HILFE und anderer Organisationen. Sie forderten "Verhindert den NPD-Parteitag! Nieder mit der braunen Pest!" Schon nach 200 Metern versuchten Provokateure mit Pistolen und Handschellen unter der Jacke, sich unter die Demonstranten zu mischen. Immer wieder griffen sie Demonstranten tödlich an. Nachdem sie sich mit den Uniformierten beraten hatten, bestimmte Teilnehmer fotografiert und den Greiftrupps gezeigt hatten, wurde die Demonstration überfallen. Vor den Augen hunderter Münchener wurden einzelne Demonstrationsteilnehmer herausgegriffen und zusammengeschlagen, darunter der Genosse Marzini, Arbeiter, KPD-Mitglied.

Gegen 4 der 8 Verhafteten wurde tags darauf Haftbefehl erlassen. Der sofort organisierten Solidarität ist es zu verdanken, daß 3 der Verhafteten inzwischen wieder freigelassen werden mußten!

Doch der Genosse Marzini ist immer noch in Haft. Hanns stammt aus Österreich. Die Klassenjustiz nimmt das zum Vorwand, um den

Haftgrund der "Fluchtgefahr" zu konstruieren. Doch damit nicht genug. Seit einem Jahr arbeitet der Genosse bei der Fa. Agfa in München. Wenige Tage vor dem Haftprüfungstermin erhielt er von den Agfa-Kapitalisten die fristlose Kündigung mit der Begründung, durch seine Haft könne er seiner Arbeit nicht nachgehen. Diese Kündigung

benutzte dann der Untersuchungsrichter dazu, die U-Haft aufrechtzuerhalten, da Hanns arbeitslos sei. Die Zusammenarbeit von Kapitalisten und Klassenjustiz hat wieder einmal einen kommunistischen Arbeiter ins Gefängnis gebracht!

Hanns braucht die Unterstützung aller Arbeiter. Die ROTE HILFE ruft daher insbesondere alle Arbeiter dazu auf:

Schreibt an den Ermittlungsrichter 5, JVA Stadelheim, 8 München 90 und fordert die Freilassung von Hanns Marzini.

Alle Antifaschisten müssen dem Genossen schreiben! (gleiche Adresse).

Spendet für die Prozeßkosten und die Unterstützung des Genossen: 23257-807 PSchA München (C. Groethuysen, Stichwort: Antifaschisten")!

JURISTEN GEGEN SPD-PLÄNE

Vom 24.-27. September fand in Hamburg der 50. Deutsche Juristentag statt. Von seinem Gesamtrahmen her (Eröffnung durch den Bundeskanzler, Empfang beim Hamburger Senat, Opernaufführung, Festball u. a.) hatte er die Aufgabe, Richter und Staatsanwälte im Flair der "großen Welt" den Absichten der Schmidt-Genscher-Regierung gefügig zu machen. Nebenbef' sollte der Juristentag in seiner strafrechtlichen Abteilung die geplanten Einschränkungen der Rechte der Angeklagten und Verteidiger als "zur Beschleunigung von Großverfahren geeignet" empfehlen.

Eine Gruppe westberliner ÖTV-Gerichtsreferendare hat zusammen mit der ROTEN HILFE diese Suppe kräftig versalzen. Am Eröffnungstag wurden am Tagungsort im Congress Centrum 2000 Flugblätter der ROTEN HILFE verteilt. Der fünfmalige Versuch, dies zu unterbinden, scheiterte am offensiven Auftreten der Verteiler. Bei der Pressekonferenz, an der auch Justizminister Vogel teilnahm, stellten Juristengenossen selbst Fragen zum geplanten Prozeß gegen den Kern der RAF und dem geplanten Verteidigerausschlußgesetz.

In den 2-tägigen Beratungen in der Arbeitsgruppe Strafrecht gelang es, mit Richtern und bürgerlichen Anwälten gemeinsam die gefährlichsten Maßnahmen abzulehnen: 89:50 Stimmen gegen die Erweiterung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft, große Mehrheit gegen die Einschränkung der Beweismittel, 90:10 Stimmen gegen die Einrichtung politischer Sondergerichte. 26 Stimmen (Minorität) für den Antrag, die U-Haft generell auf 6 Monate zu begrenzen. Die Behandlung von Anträgen zum Verteidigerausschlußgesetz und zur Isolationsfolter wurde mehrheitlich abgelehnt. Durch diese Aktion sind hunderte von Juristen erstmals mit diesen Fragen des Klassenkampfes konfrontiert worden. Kontakt wurde zu ÖTV-Gerichtsreferendaren in 8 Städten der BRD hergestellt, um zukünftig gemeinsam die Ausrichtung des Justizapparates zu bekämpfen! Der Regierungsentwurf zur Erweiterung der Rechte des Staatsanwalts wurde inzwischen im Bundestag in 2. und 3. Lesung ohne Debatte verabschiedet. Mit diesem reaktionären Kurs, bei dem die Integrationsformel des "demokratischen Sozialismus", mit der Brandt noch hausieren ging, durch eilige Ausrichtung der Klassenjustiz um jeden Preis ersetzt wird, wächst auch der Widerstand unter den Juristen. Ihn gilt es zu verbreitern.

Ortsgruppe Frankfurt

WOFÜR WIR

KÄMPFEN →

Bild: Genossen der ROTEN HILFE auf der Solidaritätsdemonstration zum Hungerstreik der politischen Gefangenen Anfang November.



Ruhland schwört teuer

Der Prozeß gegen Hans-Jürgen Bäcker, Horst Mahler und Ulrike Meinhof vor dem Moabiter Amtsgericht wegen der Befreiung von Andreas Baader ist ein Polizeiprozeß. Polizisten stehen nicht nur vor und im Gerichtsgebäude, um die Öffentlichkeit einzuschüchtern und klarzumachen, daß es sich bei den Angeklagten um "Schwerstkriminelle" handelt. Nicht nur der Stadtteil drumherum ist bürgerkriegsmäßig abgeriegelt. Auch im Gerichtssaal selbst sind ständig 20 Polizisten mit Waffen, "da ein deutscher Polizist immer eine Waffe trägt" (Staatsanwalt Priestoph). Der Gerichtsvorsitzende ist der Polizeiführung untergeordnet. Ihr hat er es auch zu verdanken, daß überhaupt "brauchbare" Zeugenaussagen möglich scheinen. Die Zeugen sind entweder Polizeizeugen oder sie sind gekauft (Ruhland, Urbach, Voigt) oder ihre Aussagen sind erpreßt (Beate Sturm, Angelika von Walter). Zeugen, die weder das eine noch das andere sind, haben überhaupt keine Funktion in diesem Prozeß.

Wie man Zeugen kauft.

Horst Mahler, der wieder vor Gericht auftritt und sein Verteidiger haben es bei der Befragung von Ruhland in aller Deutlichkeit am Beispiel von Ruhland aufgedeckt: Ruhland bekam während seiner Haft (!) monatlich 300.- bis 400.- DM auf sein sog. Eigenkonto. Darüberhinaus gab angeblich sein Rechtsanwalt ständig Geldbeträge zwischen 50.- und 100.- DM an Beamte der Sicherungsgruppe Bonn, bei denen sich Ruhland Zigaretten, Wurst, Gebäck u. ä. bestellte. Nach seiner Entlassung wohnte Ruhland 6 Monate lang bei

1/2 Jahr in Beugehaft - nicht so Ruhland.

Es ist damit öffentlich bewiesen worden, daß Ruhland ein gekaufter Zeuge ist, der Meineide schwört, solange er von den Steuergeldern der Werktätigen lebt. Unsere Forderung lautet: Ruhland muß wegen Meineids bestraft werden! Diese Forderung ist Teil unseres Kampfes für die Freiheit aller politischen Gefangenen. Denn viele Urteile gegen Genossen beruhen einzig und allein auf den Lügen und Meineiden von Ruhland.

Aber wir haben es nicht bei der Entlarvung vor Gericht bewenden lassen. Jeden Tag haben wir im Anschluß an den Prozeß mit Kundgebungen und Diskussionen im Stadtteil das verbrecherische Vorgehen des Staatsapparates in die Öffentlichkeit getragen. Dabei wurden viel mehr Broschüren und Zeitungen als bisher verkauft. Wir haben erreicht, daß die Abschreckung durch die Polizeimaßnahmen an Wirkung verloren hat. Das Gesicht der Klassenjustiz kennen jetzt viele Moabiter Bürger. Eine Demonstration gegen die geplanten Terrorurteile und den Polizeiterror wird der nächste Höhepunkt sein!

Gegenwärtig kämpfen die Genossen für den sofortigen Abbruch des Prozesses, da Ulrike Meinhof seit Wochen im Hungerstreik ist und verhandlungsunfähig in ihrer Zelle in Lebensgefahr schwebt!

LV Westberlin

Antikriegstagsprozeß: 2 x 16 Monate

Gegen die Genossen Heinz Baron und Klaus Kercher ist wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration zum Antikriegstag während der olympischen Spiele in München 1972 ein Terrorurteil gefällt worden. "Die Gemeinschaft muß sich gegen solche Parasiten wehren!" rief der Staatsanwalt vor Gericht. "Parasiten" sind für den bürgerlichen Klassenstaat diejenigen, die "Krieg dem imperialistischen Krieg" rufen.

Wenn die Bourgeoisie Gesinnungsurteile plant, sind Zeugenwidersprüche Nebensache. So auch hier. Durch alle Widersprüche der Polizeizeugen fand sich Richter Hauenschild hindurch: Die Angeklagten haben keine Reue gezeigt, sie werden sich nicht ändern, daher ist eine harte Strafe erforderlich.

Vor den Massen in der Stadt, wo die Staatsanwälte von Genossen der KPD/ML entdeckt wurden schlichen sie sich davon.

ULI IM KNAST

Seit Montag, dem 11. November muß der Genosse Uli Kranzusch im Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel den nach 6 1/2 monatiger U-Haft bleibenden Rest der einjährigen Gefängnisstrafe absitzen, die im Zusammenhang mit der Bonner Rathausbesetzung gegen den Besuch des Faschisten Thieu gegen ihn verhängt worden war. So wie der Genosse im Prozeß 1973 die Anklage gegen die Verbrechen des Imperialismus in Vietnam angeklagt hat, geht er auch jetzt als Kämpfer ins Gefängnis.



Demonstration in Hamburg am 9. 11. zum Haftantritt von Uli

Schreibt an Uli Kranzusch!

Seckendorf und Ewe verurteilt

Hamburg. 8. 11. (ID) Ein Hamburger Gericht hat die beiden Untersuchungsfängnisürzte Seckendorf und Ewe verurteilt. Ihnen war vorgeworfen worden, 1972 ihre Arztweise zum Betreten des Zentralkrankenhauses des U-Gefängnisses an die RAF weitergegeben zu haben. Für beide wurde 1 Jahr Gefängnis mit Bewährung wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" verhängt. Bewährungsfrist: Für Ewe 2 Jahre für Seckendorf 4 Jahre, da sich letzterer unnachgiebiger gezeigt habe - so die Richter Ziegler und Gühring.

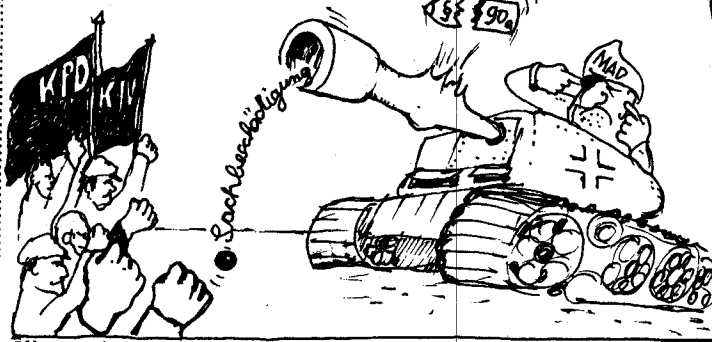
LV Nord: Anklage gegen Klaus Öllerer und den KJV zuruckgewiesen

Rohrkrepierer

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg hat es abgelehnt, das Hauptverfahren gegen den ehemaligen Gefreiten Klaus Öllerer wegen "Wehrkraftzersetzung" zu eröffnen. Umsonst also bisher die Fleißarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, MAD und Bundeswehr, die den Genossen mit einer 56-seitigen Anklageschrift und über 400 Seiten Aktenmaterial ins Gefängnis bringen wollten. Der Versuch der Militaristen, einen entscheidenden Schlag gegen die antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr zu führen, hat alle Aussicht, zu einem Rohrkrepierer zu werden.

Die Kapitalistenknechte in Uniform und Waffen hatten sich vorgenommen, mit der Anklage gegen Klaus

ausschüß in Hannover gearbeitet hat, vor, "in Übereinstimmung mit den Zielen des Kommunisti-



Öllerer gleichzeitig nützliche Mittel für ein Verbot von KPD und KSV zu sammeln. Sie warfen dem Gen. Öllerer, der in einem Soldaten-

schen Jugendverbandes, der Jugendorganisation der maoistischen KPD "das Ziel verfolgt zu haben, "die Bundeswehr als Organ zum

Siegen-Betzdorf: 6 Monate Gefängnis wegen "Beleidigung" -

WAHRLICH EIN TERRORURTEIL

Die Genossen Günter Will und Ruth Heuzeroth, beide Mitglied der ROTEN HILFE sind am 17. Oktober von dem Betzdorfer Amtsrichter G Wolff zu irrwitzigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. In der Kommunistischen Zeitung "Die Wahrheit" hätten die Genossen Polizeibeamte aus Betzdorf als Kapitalistenknechte und Polizeibüttel bezeichnet. Sie hatten angeprangert, daß G. Will widerrechtlich festgenommen und von der Polizei mißhandelt worden war.

6 Monate ohne Bewährung für diese Bloßstellung der Polizei! Der Amtsrichter Wolff glaubt, er könne mit den Genossen kurzen Prozeß machen, er will das Siegerland vom Kommunismus säubern. Entsprechend schränkte er auch die Möglichkeiten der Angeklagten vor Gericht ein, indem er ihnen bei ihrer Verteidigungsrede bereits nach 3 Sätzen den Mund verbot. Richter Wolff hatte allen Grund, dieses Redeverbot zu erlassen. Denn im Zuschauerraum waren über 100 (!) Betzdorfer, die auf die Ausführungen der Genossen gespannt waren.

Der Richter lag mit seinem Urteil weit über den Anträgen des Staatsanwalts. Haben wir es mit einem kleinen Amtsrichter zu tun, der tollwütig um sich schlägt, einer Ausnahme? Das Betzdorfer Urteil zeigt, daß die Zahl derjenigen Richter wächst, die bei der Ausrichtung der Klassenjustiz durch die Schmidt-

Genscher-Regierung die Rolle eines Vorreiters der Reaktion an den unteren Gerichten überneh-



R. Heuzeroth

men.

Wir sagen selbstkritisch: Dieses ungeheuerliche Urteil hat uns überrascht. Aber bei der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Koblenz wird die Überraschung auf der Seite der Klassenjustiz sein! OG Siegen-Niederschelden

Bonn: Hirohito-Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt

EIN GROSSER ERFOLG

Am 23. Oktober mußte das Bonner Schöffengericht nach 3 Tagen vollständiger Offensive der Angeklagten seine Akten einpacken und sich zurückziehen. Angeklagt waren 7 Antimperialisten und Kommunisten, die sich gegen die brutale Auflösung einer Demonstration gegen den Besuch des Kriegsverbrechers und Faschisten Hirohito, Kaiser von Japan, im Herbst 1971 zur Wehr gesetzt haben sollen.

Aber die Anklagepunkte - "Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung" -, die angeblichen Fußtritte und Schläge der Demonstranten gegen die Polizei kamen nicht zur Sprache. Angeklagt wurde Hirohito als Kriegsverbrecher und Faschist, angeklagt wurde die Bonner Polizeiführung, die die Demonstration rechtswidrig aufgelöst hatte. Gestützt auf breiten Rückhalt in der Bonner Bevölkerung, auf die Kundgebungen und Demonstrationen in der Stadt, hatten die Angeklagten die Prozeßführung in der Hand. Als erreicht war, daß vor allen anderen Polizeizeugen der Polizeivize Steckhan vernommen werden sollte, "um zu bekunden, daß die Auflösung der Demonstration lange voraus geplant war, ohne daß ein Grundvorlag", hatte das Gericht nur

noch ein Ziel: Steckhan aus der Schußlinie zu nehmen. Es wollte das "Tribunal gegen Steckhan", das für den 3. Prozeßtag in der ganzen Stadt angekündigt worden war, verhindern. Dazu blieb nur die Möglichkeit, den ganzen Prozeß abzubrechen.

Die Ausarbeitung der Taktik in diesem Prozeß, die Einheit von dem Kampf in der Stadt und vor Gericht, die Ausschöpfung aller prozessualen Kampfmittel durch Angeklagte und Verteidiger waren in diesem Prozeß vorbildlich. Die Klassenjustiz wird grübeln, ob sie nach dieser Niederlage das Verfahren noch einmal aufrollen soll.

Ausführlicher Prozeßbericht zu beziehen über ROTE HILFE-Vertrieb, 46 Dortmund, Burgholzstr. 13

Prozeßkalender

WESTBERLIN

Moabit/ Turmsstraße

Bäcker-Mahler-Meinhoff-Prozeß

15.11. Voraussichtlich Plädoyer des Staatsanwaltes
19.11. Voraussichtlich Plädoyers der Rechtsanwälte
Danach U R T E I L !!!
Jeweils 9, 00 Uhr, Saal 700, Di+Fr.

Prozeß gegen I. Slepman und Annerose Reiche:

Vorwurf: Banküberfall Britz / Bewegung 2. Juni - Saal 700 - 18.11, 20.11 usw. (Mo + Mi)

Gegen Willi Räther und V. Becker

Vorwurf: Bombenanschlag der Bewegung 2. Juni auf den Jagdclub in Gatow
Jeweils Di und Do, Saal 701, 9 Uhr

Teilnahme an der Demonstration gegen das Mahler-Urteil

25.11. gegen W. C. um 9,15 Uhr, Saal 138

Exemplarischer PH-Prozeß

(Auseinandersetzung um den Dozent Reininghaus) gegen 3 Angekl. 25.11. um 10,45, Saal 701

Zivilprozeß Katharina Hamerschmidt gegen Land Berlin

5,12, um 11,00 Uhr, Saal 148 des Landgerichtes am Tegeler Weg.

BAYERN

München:

Amtsger. / Pacellistr.

21.11. Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwältin Erika Fischer wegen "standeswidriger Äußerungen" weil sie sich bei Übergriffen auf die Zuschauer für sie eingesetzt hat!

12,00 Uhr, Justizpalast, Zi 60

29.11. Schwerer Hausfriedensbr. gegen Trixi Holzmüller anlässlich der "Einsperrung" der Zuschauer

In Tegel sitzen 1 600 Gefangene. In Haus I und IV gilt es den angeprisen "liberalen Strafvollzug":

D. h. Gefangenenarbeit ist dort kein Privileg, man wird nicht ständig unter Verschluss gehalten, diese 'Verbesserungen' kommen allerdings nur einem Bruchteil der Gefangenen zugute. Die meisten sitzen in den alten Häusern II u. III, die bei Besichtigungen nicht vorgezeigt werden.

Dort wurde 1973 eine "ISOLIERSTATION" (!!) eingerichtet: sie besteht aus 8 Zellen mit Zusatzgittern, zusätzlichen Arrest- und Beruhigungszellen, mit TV überwachten therapeutischen Beobachtungszellen. Die "medizinische Versorgung":

●Ceylan Cafer, der an einem schweren Herzleiden litt, wurde monatelang nicht versorgt. Er starb kurz vor der längst überfälligen Operation.

●Ernst-Helinz Günther erhängte sich nach mehreren Selbstmordversuchen in seiner Einzelzelle. Er hatte mehrmals die Verlegung in eine Gemeinschaftszelle gefordert.

beim Prozeß gegen S. Haschemi Amtsger., Zi 210, 8,00 Uhr

2.12. Hausfriedensbruch gegen 5 Genossen, Amtsger., Zi. 112,8,00

5.12. Beleidigung und Widerstand gegen E. Conradi beim Pohle-Prozeß AG Zi 607 10,15 Uhr

11.12. Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und § 90 a

gegen C. Groethuysen wegen Kundgebung zum Pohle-Prozeß und U. Kranzusch. Strafbefehle über 950.-DM! Amtsgericht, Zi. 112, 8,30 Uhr

16.12. Beleidigung eines Prof. während eines Streiks (BHG) gegen Jo Müller. Amtsger. 9,00 Uhr.

18.12. Prozeß gegen 4 Mitglieder und Sympathisanten des KSV wegen Hausfriedensbruches-Verhinderung einer Faschistenveranstaltung. Amtsgericht, 8,30 Uhr.

Erlangen:

27.11. "Büchertischprozeß" gegen 3 Genossen wegen Hausfriedensbruch

FRANKFURT

21.11. Landfriedensbruch/Demonstration Bockenheimerstr. anlässlich der Hausbesetzungen gegen Wessel. Amtsgericht, Saal A 102, 9,00 Uhr

22.11. Landfriedensbruch gegen Kalle / Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen. Zeit und Ort s.o.

HAMBURG

23.11. Berufsverbot Johanna Mayr, Verwaltungsgericht

Schreibt an Lothar Gend!

463 Bochum
Krümmede
JVA



Lothar Gend sitzt seit 7 Monaten in Untersuchungshaft und streng isoliert in der JVA Bochum - u. a. wegen "Verdachts der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung".

Seit Mitte September ist er in den unbefristeten Hungerstreik getreten, um die Aufhebung der Vernehmungshaft zu erzwingen.

Er selbst unterliegt u. a. folgenden "besonderen Sicherheitsmaßnahmen":

- Strenge Einzelhaft, Betreten der Zelle nur mit mindestens zwei Beamten

- Zweites Schloß an der Zellentrittsöffnung
- tägliche Zellenkontrolle, Durchsuchung vor und nach jedem Besuch
- Anstalts- statt Privatkleidung
- 1/4 stündige Beobachtung bei Tag und Nacht, Sicherungsmaßnahmen wegen Selbstmordgefahr.

Ausgerechnet die letzten beiden Maßnahmen wurden mitten des Hungerstreikes aufgehoben, in den Lothar Gend getreten war, um den Besuch seines Verteidigers zu ermöglichen. Die Anstaltsleitung weigerte sich, dem Verteidiger den Zutritt zur Zelle zu gestatten oder Gend auf einer Bahre in den Bestecherraum zu tragen. Begründung nach Auskunft des Anstaltsarztes Dr. Schaaf sei L. Gend in ausgezeichnetem Gesundheitszustand und sichere nur!

Länger als 10 Tage wurde der Verteidigerbesuch durch die Anstaltsleitung unterbunden. Erst nach 1 Woche Hungerstreik, nach dem Tod von Holger Meins und nachdem er 1/2 Tag in einem komaähnlichen Zustand gelegen hatte, als die Anstaltsleitung durch mehrere Demonstrationen und Kundgebungen unter Druck gesetzt wurde, ließ man den Verteidiger vor. Doch auch dann keine ärztliche Überwachung!

Am 11.11. war nach 19 Uhr nicht mal ein Arzt im Gefängnis! Zu dieser Zeit wurde auch erneut Verteidigerbesuch verweigert.

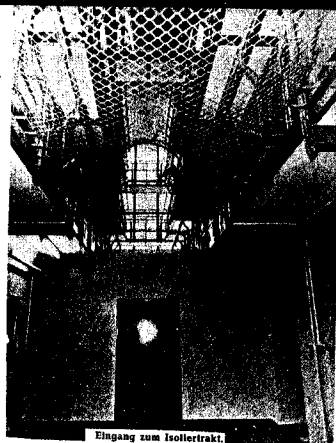
Die Forderung nach Behandlung des Genossen durch einen Arzt seines Vertrauens lehnte der zuständige Haftrichter beim Landgericht Bochum, Bayermann, ab, Lothar Gend je gesehen zu haben. Begründung: L. Gend gehe es aus, zeichnet, es bestehe kein Grund zur Besorgnis.

Das Leben von Lothar Gend ist in Gefahr! Die ROTE HILFE fordert: Sofortige Untersuchung Lothar Gends durch einen Arzt seines Vertrauens!

Aufhebung aller Isoliermaßnahmen

Bericht aus TEGEL

Borz mußte abtreten



Eingang zum Isolierstrakt.

Manfred Methner starb nach einer Schlägerei mit dem Mitgefangenen Helmut Kerstan, weil der leitende Arzt des Hauses Nr. III, Dr. Borz eine "Ferndiagnose" stellte. Im Kampf gegen die Gefangenenmißhandlungen konnte der Senat gezwungen werden, Ermittlungen gegen Bedienstete einzuleiten. Erster Erfolg: Borz wurde zwangsbeurlaubt! Jetzt kämpfen die Gefangenen mit der ROTE HILFE gegen den Versuch Kersters, Borz in eine andere Anstalt zu versetzen, sowie unter der Parole

für die sofortige Aufhebung des Urteils gegen H. Kerstan, der wegen "Totenschlags" zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Der Kampf in Tegel mit Horst Mahler, Dieter Kunzelmann und bis vor kurzem Hilmar Budee an der Spitze weitet sich aus, umso mehr versuchen Justiz und Anstaltsleitung, die Gefangenen einzuschüchtern: Hans Sonntag, der sich entschieden für die

Der Kampf geht weiter!

Mitgefangenen einsetzte, Petitionen verfasste und Unterschriften Sammelte, wurde nach Moabit verschleppt, monatelang in Isolation gehalten und erst nach 3 Tagen Hungerstreik nach Tegel zurückversetzt. Jürgen Günther wurde monatelang in die Isolierstation gesteckt-

WEG MIT DEM ISOLATIONSTRAKT AUS HAUS III!

FÜR EINE AUSREICHENDE MEDIZINISCHE VERSORGUNG ALLER GEFANGENEN!

FÜR EINE KOSTENLOSE BEHANDLUNG ALLER GEFANGENEN DURCH EINEN ARZT IHRER WAHL!

Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft

Inhalt der letzten Nummer 23/24:

SPD-Kulturpolitik am Beispiel Künstlerzentrum Bethanien in Westberlin. Eine Dokumentation der "Künstlerinitiative für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien"

Fernsehkana! 9 - Kanal des Volkes Interview mit einem chilenischen Genossen über die Kulturpolitik der Unidad Popular Regierung und eine revolutionäre Alternative im Fernsehkana! 9

Initiative zur Gründung einer Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender

Antwort an Otto Gotsche Zur Funktion proletarisch-revolutionärer Literatur heute

Rezensionen:

Peter Schneider: Lenz

Klaus Kreimeier: Kino und Filmindustrie in der BRD

Arbeiterbühne und Film, Reprint

Philipp Neumann: Zurück zum Profit

KuG erscheint in der Regel 6 mal im Jahr.

Preis: DM 4.-, Doppelheft DM 7.-

Abo (6 Hefte): DM 19.-. Bestellungen an: Universum Buchdienst, 1-30, Lützowstr. 105



Verlag der Kommunistischen
Partei Deutschlands (KPD)

VERLAG ROTE FAHNE

Vertrieb: 46 Dortmund, Zimmerstraße 19, Tel. 02 31-81 36 92

Verlagsprogramm (Herbst 1974)

Neuerscheinungen

Programm und Aktionsprogramm

der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

verabschiedet vom 1. Parteitag der KPD in Köln im Juni 1974

64 Seiten DM 1,50

25 Jahre Volksrepublik China

25 Jahre Aufbau des Sozialismus

25 Jahre die Arbeiterklasse an der Macht

Agitationsschrift der KPD zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China

218 Seiten DM 7,00

Proletarisch-revolutionäre Kurzgeschichten 1928-1933

Kurzgeschichten aus der „ROTE FAHNE“, dem Zentralorgan der KPD, und der „Freiheit“ aus den Jahren 1919 bis 1933

200 Seiten DM 6,50

Broschüren

Rechenschaftsbericht des 1. Zentralvorstands der ROTEN HILFE 44 S. 1.- DM

Programm und Statut der ROTEN HILFE 32 S. A-7 1.- DM

Zur geplanten Gründung der RHD durch die KPD/ML: Spaltung und Kapitulantentum statt Klassensolidarität 28 S. A-5 2.- DM

Schluß mit der Isolationsfolter! 28 S. 1.- DM

Zu beziehen über:
ROTE HILFE-Vertrieb,
46 Dortmund, Burgholzstr. 13

Freiheit für Dieter Kunzelmann!

2 Broschüren des LV Westberlin, 1 B. 65, Togostr. 78

Auf diesem Einlegeblatt in der RHD macht die ROTE HILFE jeden Monat alle Prozeßtermine bekannt, die der Zentrale (46 Dortmund, Burgholzstr. 13) angegeben wurden. Wir fordern zur Solidarität mit Genossen auf, die von der herrschenden Klasse besonders scharf unterdrückt werden. Jeden Monat soll in einer kleinen Knastothek auf ein Gefängnis der BRD und Westberlins eingegangen werden.

In Büros und Wohnungen, im Betrieb und in Geschäften, in Kneipen und Sälen soll dieses Blatt zur Solidarität aufrufen. Schickt Informationen, verbreitet es!

Die Finanzierung dieses Blatts wird durch die abgedruckten Verlagsanzeigen ermöglicht.

NEUERSCHEINUNGEN 1. Halbjahr 74



OBERBAUMVERLAG, Verlag für Politik und Ökonomie
1 Berlin 21, Bundesratufer 1, Telefon: 030/392 40 75

Proletarisch-revolutionäre Romane

Bd. 13 Karl Wiesinger, *Der rosarote Straßenterror*
Der Roman eines großen Verrats an den Arbeitern in Österreich im Jahre 1950 durch die SPÖ.
Mit Kommentar, Fotos und Dokumenten. 250 S., DM 9,50

Bd. 14 Willi Brödel, *Rosenhofstraße*
Roman einer Hamburger Arbeiterstraße
(erschien 1931 in der Reihe "Roter-Eine-Mark-Roman" im Internationalen Arbeiterverlag, Berlin)
Mit Kommentar und Dokumenten. Ca. 220 S., ca. DM 7.-

Bd. 15 *Südvietnamesische Kurzgeschichten und Reportagen (1968-73)*
Die ausgewählten Geschichten aus der Zeit von 1968 bis 1973 schildern vor allem den militärischen und politischen Kampf in den Städten Südvietnams. Ca. 300 S., ca. DM 12.-

Internationale Reihe

Bd. 3 *Materialien und Dokumente zur Geschichte der griechischen Volksbewegung 1935-73*
Herausgegeben von der Revolutionären Bewegung Griechenlands (EKKE)
Ca. 250 S., ca. DM 8,50 (April)

Bd. 4 *Südvietnam seit dem Pariser Friedensabkommen*
Ca. 150 S., ca. DM 6.-

Bd. 5 *Afrika-Komitee, Ein Volk in Bewegung kann niemand aufhalten*
Die Unabhängigkeit Guinees-Bissaus
224 S., DM 8.-

Bd. 6 *Norodom Sihanouk/Wilfred Burchett, Mein Krieg mit dem CIA*
Volkkrieg gegen die US-Aggression in Kambodscha 1965-1973
Ca. 300 S., ca. DM 10.- (März)

Materialistische Wissenschaft

Bd. 10 R. Wiegand, *Der "Vorwärts" in der Novemberrevolution*
Dokumentation und Analyse der Januar- und Märzkämpfe 1919
Ca. 100 S., mit Fotos und Faksimiles, ca. DM 7.-

Bd. 11 G. Röder, *Lohnsystem in der DDR*
Zum Klassencharakter von "Leistungslohn und materialistischem Anreiz" 1945-72
Ca. 200 S., ca. DM 10.-

Bd. 12 Ph. Neumann, *Die Entwicklung der politischen Ökonomie des Revisionismus in der DDR*
Ca. 200 S., ca. DM 10.-

Bd. 13 L. Segal, *Lehrbuch der Politischen Ökonomie (1934)*
Nachdruck mit Kommentar
Ca. 420 S., ca. DM 12.-

Lest und abonniert die

Im Gegensatz zur üblichen "Fachpresse" berichtet die 'hez' über die Berufstätigkeit, Probleme im Heim, in d. Kindertagesstätte und im Jugendfreizeitbereich werden nicht isoliert betrachtet, die Probleme der Kollegen, Kinder und Jugendlichen nicht als zufällige. Die 'hez' nimmt dabei kein Blatt vor den Mund und kriecht niemanden irgendwo rein. Sie macht keine Gewinne und zahlt keine Honorare. Den Inhalt gestalten die Leser in dem Maße, wie sie sich durch ihre Korrespondenzen daran beteiligen. Die 'hez' erscheint monatlich und kostet pro Ausgabe 12,- DM einschl. Porto. Probeexemplare gegen Vorauseinsendung von 2,- DM in Briefmarken. Auszubildende zahlen gegen Bescheinigung der Ausbildungsstätte pro Halbjahr nur 9,- DM. Bestellung durch Postkarte an die Heim- und Erzieher-Zeitschrift, 1 Bin. 61, Urbastr. 126 (Laden) Alle Zahlungen nur Postscheckkonto Bin. W 35 86 36 - 109 Detlev Iartsch.

Im Selbstverlag, Reihe Arbeitsmaterialien zur Heimerziehung, in 2. Auflage erschienen: "Eingeschlossen - Dokumentation Hauptpflegeheim Ollenhauerstr." Kollegen berichten aus diesem geschlossenen Mädchenheim, was Sache ist. Preis 5,- DM. "Arbeitsmaterialien" u. d. 'hez' gehören an jede Ausbildungsstätte, wo Schü-

SOLIDARITÄTsbEWEGUNG ZUR FREILASSUNG VON DIETER KUNZELMANN

Auszug aus der Erklärung zur sofortigen Freilassung von Dieter Kunzelmann

Die unrechtmäßige Fortdauer der Haft von Kunzelmann wird immer mehr zum Justizskandal. Nachdem er bis zu seinem rechtskräftigen Freispruch 31 Monate schuldlos in U-Haft verbracht hat, soll er nun eine Strafe von 21 Monaten ... voll, also ohne Anrechnung der früheren U-Haft verbüßen ...

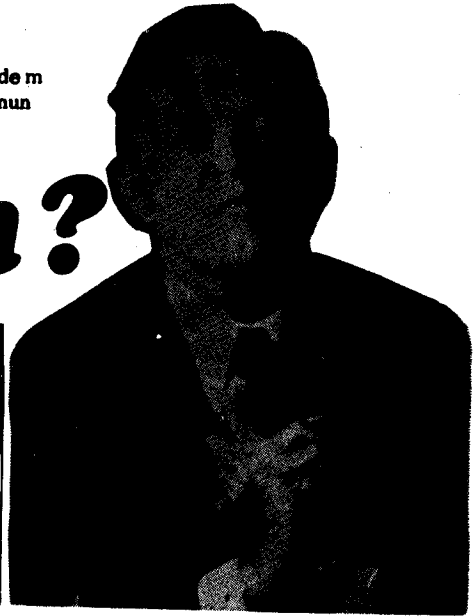
Korber, was nun?

Wir halten einen Protest gegen diese Behandlung deshalb für dringend erforderlich, weil sie kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer massiven Einschränkung der Prozeßrechte und Menschenrechte von Gefangenen ist. Politische Gefangene in der Bundesrepublik und Westberlin unterliegen einer Sonderbehandlung: Durch gezielte Hetze in vielen Zeitungen ... durch öffentliche Diffamierung und offizielle Behinderung ihrer Anwälte bis zur Vorbereitung des gesetzlichen Ausschlusses von Anwälten, zur Aufkrotyerung von Pflichtverteidigern ... vor allem durch menschenfeindliche Maßnahmen des U-Haftvollzugs, durch die menschenrechtswidrige Isolierhaft ... durch Einschränkung oder Verweigerung der medizinischen Behandlung, durch Brechung jedes Widerstands gegen diese und andere Willkürmaßnahmen bis zur Verfolgung des kollektiven Widerstands im Gefängnis als "kriminelle Vereinigung".

Wir fordern deshalb die sofortige Freilassung Kunzelmanns, die Aufhebung der Isolierhaft und aller Sonderbehandlung politischer Gefangener, die Abberufung der Zwangsverteidiger und die Untersuchung des Strafvollzugs durch justizunabhängige Kommissionen.

(Diese Resolution wurde in der westberliner Presse abgedruckt)

Prof. Johannes Agnoli, Berlin; Ilse Aichinger, Schriftstellerin, Bayerisch-Gmain; Prof. Einar Altvater, Berlin
Carla Araújo, Verleger, Lissa; von Bettina von Arnim, Malerin, Berlin; Ulrich Baehr, Maler, Berlin; W. Barthen
Kirchlicher Mitarbeiter, Berlin; Prof. Gerhard Bauer, Berlin; Richard Buchdiner, Buchhändler, Rechtsanwalt
Wolfgang Böhm, Berlin; Heiderosa Braun, Sozialpädagogin, Berlin; Ulrich Brockhagen, Buchhändler, Andernach;
B. Buchloh, Journalist, Köln; St. Bülk, Buchhändler, Brackwede; Prof. Carsten Colpe, Berlin; Enzo Cramon, FS-
Redakteur, München; Bernd Demann, Biologe, Münster; Gerd David, Schauspieler, Berlin; Det. Jens-Ulrich David
Akademischer Rat, Oldenburg; Rechtsanwalt Petra Deedjbachsch, Berlin; F.C. Dellus, Schriftsteller und Lektor
Berlin; Eva Demain, Journalistin, Frankfurt/M.; Prof. Walther Dieckmann, Berlin; Rechtsanwalt Rüdiger Dier,
Tübingen; Anne Ellenberg, Berlin; Schriftstellerin, Pflanzberg; Prof. Dr. Hans-Joachim Göttinger, Berlin;
Rechtsanwalt Rainer Jufferding, Berlin; Rechtsanwalt Klaus Eichen, Verteidiger Kunzelmanns, Berlin; W. Eichen-
hagen, Lektor, Darmstadt; Hon. Prof. Walter Fabian, Köln; Rechtsanwalt Thomas Faensen, Berlin; W. Frommelt,
Journalist, Köln; Schreiber, Berlin; Irene Kohlhaas, Bielefeld; Günther Köhler, München; Komitee Sofortige Freilassung von
Dieter Kunzelmann; Konratschke, Verleger, Bonn; Rechtsanwalt Henner Kraetsch, Berlin; P. Kraus, Buchhändler,
Zürich; Prof. Manfred Küchler, Frankfurt/M.; Kurzbuch-Verlag; Eckhard Lange, Journalist, Rastatt; Prof. Hellmu
Lassing, Berlin; Prof. Wilhelm Liebs, Berlin; Rechtsanwalt Eberhard Lieder, Berlin; D. Löwenkamp, Buchhändler
Bremen; Hans U. Luther, Wiss. Assistent, Bielefeld; Fredy Meier, Buchhändler, Zürich; J. Mende, Verleger,
Gießen; Helmut Merker, Journalist, Köln; Merve-Verlagskollektiv, Berlin; Eckard Morack, Diakon, Berlin;
Ursula Müller, Buchhändler, Pflanzberg; Prof. Helmut Neumeier, Berlin; Prof. Wolfgang Nitsch, Oldenburg;
Thomas Nitschke, Buchhändler, Freiburg; Christine Oesterlein, Schauspielerin, Berlin; Pastorin Margarete
Pauchardt, Berlin; Volker Philipp, Buchhändler, Frankfurt/M.; Michael Platz, Medizinassistent, Berlin;
K. Krause, Buchhändler, Schorndorf; Rainer Preztzell, Verleger, Berlin; Dora Runge, Arzt, Berlin; H.P. Riesche,
Hannover; Herbert Reiberger, Verleger, München; W. Ries, Buchhändler, Köln; Prof. Adalbert Rang, Berlin;
Michaela Riess, Journalistin, Godesberg; Margita Riessig, Jugendleiterin, Berlin; Rechtsanwalt Harald Reme,
Berlin; Michael Riehm, Buchhändler, Tübingen; Detlef Rothmann, Wiss. Assistent, Oldenburg; Rotbuch-Verlag; Sigrid Schacht, Archologin, München; Ingo Scheller, Akad. Rat,
Oldenburg; C. Schenk, Buchhändler, Scharnhausen; Prof. Jens Scheer, Bremen; G. Schepel, Buchhändler, Gaißan;
Pfarzer Horst Schiller, Buchhändler, Berlin; Jochen Ulmer, Med. Ass., Berlin; Michael Schneider, Schriftsteller, Berlin;
Gerhard Seidler, Berlin; Jürgen Sender, Verleger, Heidelberg; Ass. Prof. B.R. Sonnen, Berlin; Gerd Sowka,
Arbeiterschritteller, Pflanzberg; Christian Störz, Hünste; Rechtsanwalt Henning Spangenberg, Ver-
teidiger Kunzelmanns, Berlin; Detlef Spindler, Wiss. Mitarbeiter, Oldenburg; Dr. Richard Stühnholz, Wiss.
Mitarbeiter, Oldenburg; Rüdiger Stein, Organist, Berlin; Rechtsanwalt Christian Stroobele, Verteidiger Kunzel-
manns, Berlin; Pfarzer Dietrich Straß, Berlin; Jochen Ulmer, Med. Ass., Berlin; D. Voigt, Buchhändler, Stuttgart;
Pfarzer Jürgen Wehrmann, Berlin; Norman Weyrost, Buchhändler, Bonn; Dr. Hans Wienold, Wiss. Ass., Bielefeld;



Auf einem SPD-Frühschoppen versucht Korber sich mit dem ihm eigenen Zynismus versucht Korber mit dem ihm eigenen Zynismus die weitere Inhaftierung D. Kunzelmanns und die Isolierhaft in Tegel und Moabit zu rechtfertigen. (Bild oben u. unten)

Über 600 Unterschriften auf der Frankfurter Buchmesse, darunter 80 Verleger, Verlagsangestellte und Autoren. 10 Verlage spendeten Bücher für 3-400,-DM für die Hafthilfe der ROTEN HILFE.

Ein westberliner Kammervorsitzender wies im "Tagesspiegel" nach, daß Korber sogar gegen die Verfassung verstößt.

Ein weiterer Richter richtete einen Brief an Korber, den er auch den 200 Strafrichtern



in Moabit bekanntmachte. Eine Anzahl von ihnen stimmte der Forderung auf Freilassung zu.

Ein SPD- Abgeordneter richtete eine Anfrage ans Abgeordnetenhaus. Der konservative "Tagesspiegel" brachte mehrere Meldungen und Leserbriefe, durch die deutlich wurde, wie isoliert der Justizsenator dasteht.

Der österreichische Rundfunk berichtete über Kunzelmann und die Solidaritätsbewegung.

Jede Ortsgruppe der ROTEN HILFE in Westberlin wird jetzt im Stadtteil den Verkauf von Protestpostkarten an die Bevölkerung verstärken. In der Jur. Fakultät an der Universität wird eine Veranstaltung vorbereitet.

EIN REVOLUTIONÄRER BRIEF AUS DEM KNAST

Lieber Genosse... !
Ich danke Dir für Deine Karte vom ... Seitdem ich im Gefängnis bin, bekomme ich von den westdeutschen Genossen und Freunden viel Post und werde von ihnen oft besucht. Diese Solidarität im Geiste des proletarischen Internationalismus bewegt mich sehr. Ist dieser Brief auch eine verspätete Antwort an all jene Genossen und Freunde, die sich mit uns solidarisieren.

Auf Deiner Karte rühmst Du meine Haltung im Gefängnis. Das geschieht fast in jedem Brief, auf jeder Karte, die ich erhalte. Ich glaube, das meine Haltung nur eine gewöhnliche Haltung gegenüber dem Klassenfeind, dem Imperialismus und Faschismus ist, die jeder wahre Revolutionär einnehmen muß. Wie sehr ich doch an der großen Sache meines Volkes und dem Marxismus-Leninismus festhalte, muß ich gestehen, daß ich noch auf dem Gebiete der Revolution unerfahren und im Bereich des Marxismus-Leninismus nicht allzuwissend bin. Ich bemühe mich lediglich stets, um der Sache

Freiheit für die türkischen Revolutionäre!

Seit etwa einem Jahr werden in Köln, Frankfurt und Hamburg türkische Patrioten in Haft gehalten. Die SPD-Regierung folgt mit diesen Maßnahmen den Wünschen der Volksfeinde, die in der Türkei an der Macht sind. In enger Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst MIT hält sie die Patrioten und Revolutionäre fest, um den Kampf für die Befreiung des türkischen Volkes vom Joch des Imperialismus in der BRD zu ersticken. Dabei bereitet sie gleichzeitig ein Verbot der türkischen ant imperialistischen Organisationen in der Bundesrepublik vor.

Die Inhaftierung von Y. Dageyli und H. Subasi in Frankfurt zeigt, mit welcher fadenscheinigen Vorwänden und Gesetzesbrüchen vorgegangen wird; Den Genossen

wurde ein Paket mit Waffen untergeschoben. Mit der Begründung, sie hätten ein "Attentat" geplant, und gehörten einer "kriminellen Vereinigung" an, wird seit einem Jahr an der Anklage gebastelt. Bis heute gibt die Staatsanwaltschaft nicht einmal an, um welche "kriminelle Vereinigung" es sich handeln soll!

Aber es ist nicht gelungen, die Genossen weizukochen. Briefe, Bücher, die Hafthilfe unserer Genossen stärken sie. Die Ortsgruppe Frankfurt verstärkt in diesen Tagen den Kampf um die Zerschlagung dieses imperialistischen Komplotts und die Freilassung der Genossen.

Ein Brief des Gen. Dageyli aus dem Gefängnis Frankfurt-Preungesheim zeigt die revolutionäre Haltung der türkischen Patrioten:

Aufruf zur SOLIDARITÄT mit dem Kampf des spanischen Volkes

In diesen Tagen nimmt der Kampf des spanischen Volkes für seine Befreiung vom Joch des Faschismus und Kapitalismus einen gewaltigen Aufschwung.

Die Streiks der 13.000 Arbeiter bei Seat, bei General Electric Espagnola, bei Olivetti und auf der Vulkanwerft Vigo im Oktober lösten eine mächtige Streikwelle aus, die sich täglich ausbreitet, in allen Provinzen Tausende von Maschinen zum Stillstand bringt. Die streikenden fordern höhere

Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sie kämpfen gegen Zwangs-gewerkschaften und die faschistische Entrechtung. Tausende von Bauern, Fischern, Studenten, Ärzten, Lehrern und Pfarrern reißen sich in die breite Kampffront ein. In Saragossa, Madrid, Bilbao, San Sebastian und Pamplona sind die



Solidaritätsdemonstration Düsseldorf, 9. 11.

politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Unter Führung der FRAP (Revolutionäre Anti faschistische und Patriotische Front) schließen sich die Volksmassen in den Komitees der Volkseinheit gegen Franco-Faschismus und seine Hintermänner, den USA- und BRD-Imperialismus, zusammen. Sie kämpfen

● Gegen die Monarchie und alle Manöver, das Regime fortzusetzen, für die Republik und die nationale Unabhängigkeit!

● Für die Befreiung der politischen Gefangenen und die Rückkehr der Verbannten!

● Dem Volk muß das Wort erteilt werden!

Das Franco-Regime weiß sich gegen den revolutionären Zusammen-schluß des spanischen Volkes nur noch mit Schüssen, Verhaftungen, Folter zu verteidigen. Die imperialistischen Konzerne schmelzen tausende von Kämpfern aus den Betrieben. Not und Elend sind groß.

Arbeiter, Werktätige! Euer Groschen stärkt die Kampffront in Spanien. Spendet für die entlassenen Kämpfer, für die Angehörigen der Todesopfer, spendet für die politischen Gefangenen und ihre Familien! Unterstützt die Forderungen unserer Klassenbrüder in Spanien!

Die internationale Solidarität hilft die Welt befreien!

Sofortige Schließung des KZs Long Kesh!

Am 15. Oktober traten in mehreren Gefängnissen in Nordirland die Gefangenen in den Aufstand. Die Kämpfe nahmen in dem berühmten Konzentrationslager Long Kesh, in dem 1400 politische Gefangene festgehalten und gefoltert werden, ihren Ausgang. Über alle politischen Differenzen hinweg schlossen sich die Gefangenen zusammen und verteidigten sich mit selbst hergestellten Waffen aus zerbrochenen Eisenbetten gegen die anrückenden Wärter. Innerhalb weniger Stunden entbrannten auch in Gefängnissen in Belfast, Derry und Armagh, dem wichtigsten Frauengefängnis in Nordirland, Rebellionen. Mit Gummigeschossen und Kampfgas ging die Armee gegen die Gefangenen vor.

In allen katholischen Landesteilen kam es zu mächtigen Solidaritätsdemonstrationen, an denen sich insbesondere die Frauen der Gefangenen beteiligten. Wenn es auch der Armee in heftigen Kämpfen gelang, die Kampffaktionen mit dem Einsatz von Hubschraubern und 10 bis 15 cm starken Gummigeschossen niederzuschlagen, so wurde der Zusammenschluß des irischen Volkes in diesen Kämpfen vorangetrieben.

Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Irland!

meines Volkes und des Weltproletariats besser zu dienen, meine Erfahrungen und Kenntnisse zu vermehren. So habe ich zu Beginn meiner revolutionären Tätigkeit einige Lektüre über die revolutionäre Haltung gelesen. Sie waren vor allem über die Bolschewiki, die chinesischen Kommunisten und die namenlosen Helden des Proletariats verschiedener Länder. Ich habe von ihnen viel gelernt. In einem Buch über die Haftzeit von Ernst Thälmann lernte ich seine furchtlose, unversöhnliche Haltung gegenüber den blutrünstigen Nazis kennen. Sie ist wahrhaft revolutionär und ich bemühe mich seit daher, mir seine revolutionäre Haltung zu eigen zu machen. Wie grausam und terroristisch (wie MIT - Geheimdienst, die Red. - in der Türkei oder damalige Nazis) oder wie schmeichelhaft und ausgeklügelt (wie die westdeutsche Gestapo zur Zeit) der Klassenfeind beim Verhör, der Haft sein mag, muß jeder Kommunist, jeder Revolutionär, jeder Patriot seinen Kampf auch unter diesen Bedingungen fortsetzen, niemals eine Schwäche zeigen und niemals an seiner Klasse, an seinem Volk Verrat üben. Er muß sich von dem Gedanken leiten lassen, daß die Revolution nicht mit ihm begonnen hat und nicht mit ihm enden wird. Das ist der proletarisch-revolutionäre Standpunkt, glaube ich, und ich halte an ihm fest. Das ist der Grund, weshalb Ihr mich bei jedem Besuch noch immer munter findet. Ich habe die Befreiung meines Volkes vom Joch des Imperialismus und die historische Mission des Proletariats sehr ernst genommen, und meine vollkommene Überzeugung von diesen beiden ist die Quelle meiner Ausdauer, meiner Lebenskraft.

Ich sende Dir meine wärmsten revolutionären Grüße
Yildirim Dayeli

Knastkorrespondenz

Genossen!
Ich bin z. Zt. in Strafhaft. Als ich noch in U-Haft war, konnte ich viel mit den Genossen Dayeli und Subasi diskutieren. Mir imponierte die feste Haltung der beiden. Sie richten über mich ihren Dank über

die große Solidarität der deutschen Genossen aus. Sie sind fest davon überzeugt, daß ihre lange U-Haft mit einem Eklat für die deutsche Klassenjustiz endet. Wenn man längere Zeit mit ihnen zusammen ist, überträgt sich ihre große Zuversicht. ...

Dreckstreifen abgesetzt

Westberlin, 14. 10.
Genossen der ROTEN HILFE verteilten vor einem Kino am Kudamm, in dem der Pornofilm "Sex im Knast" angekündigt war, Flugblätter gegen die Isolationsfolter und diskutierten mit vielen Menschen über die Provokation dieses Films. Sie bemalten in einer Blitzaktion die Schaufenster und verhinderten, daß der Film gezeigt wurde. Die Polizei kam eine halbe Stunde zu spät und fand eine große Menschentraube vor, die größtenteils der Aktion zustimmte. Der Film mußte vom Programm abgesetzt werden.

SPENDENBERICHT

für die Familie des von der Polizei ermordeten Genossen Günther Routhier und für die Prozeßkosten: Über die Zentrale der ROTEN HILFE wurden Frau Routhier übergeben:

Gem. Sammlung der ROTEN HILFE und der KPD 1020,- DM
Veranstaltung der OG Dortmund der ROTEN HILFE 60,- DM
RH-Komitee Nürnberg 135,- DM
Fachschaft Sozialwissenschaften Göttingen 83,- DM
J. A., Marburg 41,- DM

1339,- DM

Gen. Buddée ist frei

Westberlin, 8. 10. Nach vierjähriger Haft ist der Genosse Hilmar Buddee entlassen worden und kämpft nun draußen wie schon vorher im Gefängnis gemeinsam mit der ROTEN HILFE gegen unmenschliche Haftbedingungen und für die Freiheit aller politischen Gefangenen.

Ausschneiden und senden an:
ROTE HILFE, 46 Dortmund,
Burgholzstr. 13

BESTELLSCHHEIN
Ich bestelle ab
die monatlich erscheinende
ROTE HILFE ZEITUNG.
Den Abonnementspreis von
halbjährlich 4,80 DM
jährlich 9,60 DM
Förderabo jährlich 20,-
habe ich im Voraus auf das
Vertriebskonto der ROTEN
HILFE - PSchA Dortmund
37683-467 - überwiesen.
Name:
Vorname:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:
Datum:
Unterschrift:

Die Empörung der Kölner, insbesondere der Nippeser Bevölkerung über das Verfahren gegen die 7 Antifaschisten und Kommunisten war groß. Das zeigen die unzähligen Unterschriften und mehrere hundert Mark, die für die Prozesskosten in der Stadt gesammelt wurden. Wer bei diesem Prozeß zum erstenmal im Gerichtssaal saß, hat die Klassenjustiz mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln wüten gesehen. Keiner wird das vergessen, viele werden jetzt erstmals in unseren Reihen mitkämpfen.

Die Klassenjustiz warf den Angeklagten vor, am 17. 11. 1973 NPD-Faschisten daran gehindert zu haben, ihre braune Propaganda zu verteilen. Tatsächlich wurden an diesem Tag die Faschisten aus dem Arbeiterviertel Nippes verjagt. Weil Nippes ein "heißes Pflaster" ist - die Arbeiter haben sich dort im Kampf gegen Sanierung und Mietwucher zusammengeschlossen - und um den "Roten dort das Feld nicht zu überlassen" hatte die NPD aus 7 Bezirken 40 Faschisten zu einer "generalstabsmäßig geplanten Großaktion" zusammengekartet. Mit "Sicherungs- und Abschirmtrupps" war die faschistische "Großaktion" bei der die NPD "alles an die Front warf" eine Provokation gegen die Arbeiterklasse und alle Antifaschisten. (Alle Zitate vom Zeugen Risse, dem NPD-"Einsatzleiter").

Wenn zum Schutz dieses faschistischen Treibens Zeugen wie Risse - im spanischen Bürgerkrieg war er Mitglied von Hitlers Legion Condor - von der Klassenjustiz aufgefahren werden, wenn den Angeklagten während des gesamten Prozesses damit gedroht wird, daß ihre antifaschistischen Flugblätter im Urteil "berücksichtigt" würden, weiß jeder Arbeiter, was davon zu halten ist: Die braune Pest wird gehegt, ihre Vorarbeiten können dem Monopolkapital eines Tages nützlich sein. Die Antifaschisten werden verfolgt, weil sie den Volksmassen erklären: Der Boden, auf dem faschistische Bestrebungen gedeihen, ist das arbeiterfeindliche und volksfeindliche imperialistische System.

Doch der Prozeß hat mehr gezeigt: Die Klassenjustiz nutzt jeden Anlaß, um Antimperialisten und Kommunisten ins Gefängnis zu werfen. Gegen sie muß sich der Hauptschlag richten. Der Kölner Prozeß hat gezeigt, daß das Kölner Gericht, voran der Richter Somoskoey, die Verschärfung des Strafprozessrechts, des Ordnungsrechts und den Angriff auf fortschrittliche Verteidiger - alles Vorhaben, die Schmidt/Genscher per Gesetz durchzupfeitschen wollen - faktisch schon einführt. Somoskoey der mit der psychiatrischen Begutachtung der angeklagten Antifaschisten und Kommunisten auch vor faschistischen Methoden nicht zurückschreckt, hat schon seinen nächsten Auftrag: Er wird der vorsitzende Richter in der Berufungsverhandlung gegen Genossen sein, die Weihnachten 1972 gegen den Bombenterror in Vietnam demonstriert haben. Wir werden den Kampf gegen die Vorreiter der Reaktion an den unteren und mittleren Gerichten verstärken, um auch auf dieser Ebene die Pläne der Bourgeoisie zu durchkreuzen, die den gesamten Justizapparat auf die reibungslose Unterdrückung von Massenaktionen unter Führung Kommunisten und Antimperialisten ausrichten will.



Antifaschisten verurteilt

Volkstribunal

Zum Volkstribunal des Komitees kamen über 200 Menschen. Kölner Antifaschisten führten die Anklage gegen Klassenjustiz und Polizeiterror. Die DKP ertete Empörung: Sie hatte sich gegenüber der NPD von der Aktion der Genossen distanziert.

Bild (von re.) Gen. Hutter (KPD), Gen. Vieth (RH) Gen. Kranzusch

Der Richter

Richter Somoskoey hat sich profiliert. Schon im Prozeß gegen Beate Klarsfeld verhängte er eine Gefängnisstrafe für die versuchte Entführung des Massenmörders und Chefs der Gestapo in Paris, Lischka. Lischka ist in Frankreich rechtskräftig zum Tode verurteilt worden, wird von den deutschen Behörden aber nicht ausgeliefert. Für Somoskoey ist er ein "ehrenwerter Bürger".

Als jetzt durch Widersprüche zwischen Polizeizeugen und NPD-Zeugen die Anklage zusammenbrach (Somoskoey zu einem NPD-Zeugen: "Wenn diese Aussage stimmt, hat es hier vorher eine Menge Meinungen gegeben"), übernahm dieser Richter die Aufgaben der Staatsanwaltschaft gleich mit und begann im Prozeß mit neuen Ermittlungen.

Damit aber war sein Repertoire längst nicht erschöpft:

129 Tage Ordnungsstrafe

Immer, wenn die Klassenjustiz von Angeklagten oder Zuschauern konkret angegriffen wurde, geriet



Somoskoey in Panik: Dem Angeklagten Pittam wurde das Schlusswort entzogen, weil er sagte, der Staatsanwalt wolle hier die Gesinnung unter Strafe stellen. Die Angeklagten bekamen je 3 Tage Haft für die Durchführung einer Schweigeminute

SPENDENKONTO:

Dr. Ballinghausen P.SchA Köln
153053-601

am 30. Jahrestag der öffentlichen Hinrichtung von 11 Antifaschisten in Köln-Ehrenfeld durch die Hitler-Schergen! Wahlspruch von Somoskoey in solchen Situationen: "Ihnen werde ich es noch zeigen!"

Die Zwangsverteidiger

Gegen den Willen der Angeklagten hatte das Gericht schon bei Zustellung der Anklageschrift "Pflichtverteidiger" bestellt. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, den Angeklagten und dem Wahlverteidiger in den Rücken zu fallen. So forderten die Zwangsverteidiger u. a. Ordnungsstrafen gegen Zuschauer und Angeklagte und den Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Vernehmung der NPD-Zeugen!! Rechtsanwalt Zelenka - SPD-Landtagskandidat - ging so weit, Ermittlungen gegen die "eigentlich Schuldigen", die führenden Funktionäre der KPD und der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS zu fordern, weil die Angeklagten dem "demokratischen Zentralismus, d. h. einem starken Gruppendruck und der Innenagitation" ausgesetzt seien!

Der "Psychiater"

Nachdem die Angeklagten der gerichtlich angeordneten psychiatrischen Begutachtung nicht gefolgt waren, führte der Gutachter aufgrund seiner "Beobachtung in der Gerichtsverhandlung" aus: Die Angeklagten seien selbstgefällig, auf Beifall aus, hätten emotionale Vorurteile, seien der Polemik leicht zugänglich und "fanatisch"! Sie würden die Gründe für "individuelles Versagen" - 3 der Angeklagten sind Arbeiter - in der Gesellschaft suchen. Sie hätten "Selbstwertzweifel" und würden "Attraktion auf schwache und unsichere Menschen ausüben". Das ist der Versuch, mit faschistischen Methoden politische Kämpfer als "Untermenschen" mit den Mitteln der bürgerlichen Verbrechenpsychologie hinzustellen.

Das Gericht wollte durch das Gutachten außerdem absichern, daß die Strafen nicht zur Bewährung ausgesetzt wurden. Hohe Strafen wurden mit der "Intelligenz" dieser Angeklagten begründet, überlegter Klassenverrat also doppelt bestraft. Hingegen - so der Gutachter - seien die Arbeiter "gefühlbetont" und "stur". Einem Arbeiter rechnete Somoskoey aber seinen Klassenhaß starferschwerend zu!